

Ein Traktat
über Verantwortung

Patriotismus als soziale Bewegung

Manfred Funke

„Achte jedes Menschen Vaterland, aber das deinige liebe!“ Die Kraft, die dieses Vermächtnis des Schweizers Gottfried Keller beseelt, die das Herz wärmt, die den Verstand erhellt und die der Wohlfahrt der *res publica* (der öffentlichen Angelegenheit) dient, heißt wohl zu Recht Patriotismus. Er bedarf zur Anschaulichkeit stets des Beispiels. Ein solches geben die französischen Patrioten, die ihr Land und die Revolution 1792/93 gegen deutsche Fürsten-Armeen verteidigten (*levée en masse*). Patriotismus beseelte deutsche Freikorps im Kampf gegen Napoleon. Ein weiteres bieten uns etwa die Frauen und Männer des „20. Juli“.

Seit dem Krieg ist der Diskurs über Patriotismus bei uns schwerflüssig. Friedrich Sieburg meinte 1954, dass bei uns infolge von Niederlage und Spaltung „die Gekränktheit den Patriotismus ersetze“: „Die Bundesrepublik ist ein Zweckverband, es ist ihr nicht gelungen, das deutsche Nationalgefühl in seine Hut zu nehmen und zu kräftigen.“

Danach wurde in den sechziger Jahren sogar maliziöse Häme für Heimat und Vaterlandsliebe fesch. Bundespräsident Heinemann reduzierte öffentlich Liebe allenfalls auf seine Frau. Sprüche dieser Art waren noch von Trittin zu hören. Nachdem die Überwindung der Teilung kurz den Patriotismus belebte, wurde ihm der Sauerstoff der Hoffnung vor allem im Westen abgedreht und im Osten mit sozialistischer Romantik verschnitten. Billig wurde der Spontanverdacht, rechts sei rechtsextrem und konservativ

faschistisch. Beliebig konnte das Bemühen um definitorische Sicherung des Patriotismus vom Vorwurf des rückwärts gewandten Pathos angefallen werden. Inquisition lauert bis heute, ohne sich legitimieren zu müssen. Weiterhin reicht Entrüstungsroutine aus, um mit der nazistischen Pervertierung von Ehre, Gemeinsinn, Treue, Anstand, Opferbereitschaft diese Werte als untauglich für Demokraten anzusehen. Wer so argumentiert, verbleibt indes im Banne Hitlers. Für eine solche Betrachtung müsste sich – drastisch – der tendenzielle Zweck der Ehe aus ihrer Scheidung begründen. Die „Du bist Deutschland“-Kampagne wird assoziativ vernagelt; hing doch 1935 in Ulm ein Spruchband „Du bist Deutschland“ mit Hitler-Bild. Doch der Krampf lockert sich. Sigmar Gabriel fordert „sozialen Patriotismus“, Matthias Platzeck „preußische Tugenden“.

Problemfelder

Für den Patrioten als Zugehörigen zu einer *patria* genannten, real fixierten Staatlichkeit ist das Problemfeld klar: „Das Weltleben unterliegt ja denselben Gesetzen wie das häusliche Leben, nur größeren und breiteren“ (Robert Walser). In ihnen gilt es, das Behaustsein des Staatsvolkes durch eigene Kraft lebenswürdig zu sichern.

„Im alten Frankreich“, so J. L. Talmon, „hatten die Kommunen ein Synonym für patrie – ‚amitié‘, Brennpunkt aller Bindungen“. Zu amitié (Freundschaft) lässt sich etymologisch althochdeutsch hei-moti (Heimat) stellen.

Verantwortungspatriotismus bewahrt Traditionalität als Fundus des Fortschrittes. Patriotismus bildet sich ab in den hellen Bug- und Hecklaternen des Staatschiffes auf fürsorglichem, verantwortbarem Kurs.

„Man kann nichts ohne das Volk ausführen und bedarf seiner ständig. Aber man bedarf noch viel mehr, um recht zu handeln und verkehrtem Handeln zuvorzukommen, seines Sinnes und Gemütes, und die ganze, aber darum auch für den Augenblick unheilbare Krankheit der Zeit ist dieser furchtbare Zwiespalt zwischen denen, die das Rechte wollen, und denen, die für das Rechte auch nicht einmal Sinn haben, sondern in Schlaffheit und Blindheit alles halb und verkehrt machen. [...] Solange die Menschen die Geschäfte machen und regieren, die weder Grundsätze noch Gemüt, noch Empfindung haben, [...] so lange muss es schlecht gehen.“ Besonders wenn die Regierten das Ganze allerhöchstens mit Gezeter hinnehmen. Ein deutsches Lebensgefühl, dem Wilhelm von Humboldt 1815 Ausdruck gab und das uns doch so vertraut ist, dass man sich die Stunde der Patrioten als zeitlos wünscht. Und dies geradewegs zum Heil des modernen Verfassungsstaates als „neuer Politik“ (Dolf Sternberger). Sie braucht Patriotismus als Gestaltungskraft, die zugleich drei disparate Grundströme eindeichen muss, um das Staatswesen vor Flutung wie Dürre zu schützen, um Gefährdung und Selbstgefährdung zu vermeiden:

Erstens: „Im Wirken von Staat und Regierung hat die Ohnmacht der Vernunft besonders schwere Folgen, weil sie alles, was in ihrer Reichweite liegt, in Mitleidenschaft zieht – Bürger, Gesellschaft, Zivilisation“ (Barbara Tuchman).

Zweitens: „Die Wähler können als Privatpersonen nicht leicht eine höhere Sicht gewinnen, als es ihre Verhältnisse zulassen“ (Walter Lippmann).

Drittens: „Einheit ist unmenschlich. Einigung ist menschlich“ (Dolf Sternberger).

Im Begriff des Patriotismus ergänzen diese Vektoren einander zu wechselseitiger Verantwortung der Bürger und ihrer Institutionen. Die Storno-Zeit für Patriotismus ist vorbei, hoffentlich auch seine affektive Zerbrechlichkeit.

Wider den Solidaritätsverfall

Eklatant war bislang der Verfall von Staats- und Zukunftsvertrauen. Laut Erhebung des Institutes für Demoskopie Allensbach äußerten im Dezember 2005 bereits einundsiebzig Prozent der Bevölkerung die Ansicht, dass die Absicherung bei Alter und Krankheit schlechter wird. Zweiundsechzig Prozent erwarten eine kältere und egoistischere Zukunft. Für einundsechzig Prozent gilt, dass die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden. Dass es mit der Wirtschaft aufwärts geht, erwarten nur elf Prozent. Lediglich fünfundvierzig Prozent der Berufstätigen halten den eigenen Arbeitsplatz für sicher. Bitter ist, „dass die Jobs auch durch Lohnverzicht oder Arbeitszeitverlängerung nicht zu retten sind“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. Dezember 2005). Der Industriestandort Deutschland baut ab, wie die Bilanzen von AEG bis VW beweisen. Dagegen wächst Aggressivität, wenn Unternehmen Gewinne steigern und zugleich Leute entlassen.

Von der Politik Arbeitsplätze zu verlangen ist tendenziell aber ein Ruf in die falsche Richtung. Forderung ist die ordnungspolitische Verantwortung der Wirtschaftsfreiheit. Globalisierung taugt nicht, wenn Arbeitswürde entmenschlicht und die Sozialkassen überlastet werden infolge weltweiter Vernichtungskonkurrenz, die die klassische Kapitalismustheorie von Marx scheinbar rehabilitiert. Zugleich gerät der Staat in eine Vertrauenskrise, weil er gegen die Steuermoral

ganz oben wenig ausrichtet, ganz unten nichts zu holen ist und der Mittelstand als eigentlicher Träger bürgerlicher Verfassungskultur immer stärker belangt wird. „Die kapitalistischen Rahmenbedingungen einer bürgerlichen Demokratie fanden breite Zustimmung. Der Wohlstand, vor allem die große soziale Sicherheit für alle Bevölkerungsschichten, sorgte dafür, dass eine neue Mittelklasse entstand“ (Martin/Sylvia Greifenhagen). Diese Achse der Sozialen Marktwirtschaft torkelt. Nicht aufgrund mangelnder Opferbereitschaft in Krisenzeiten, sondern aufgrund staatlicher Fehlverteilung deutscher Steuergelder für humanitäre Allerweltspolitik. Die Schuldenmaschinerie der öffentlichen Hand produziert im Moment 1800 Euro pro Sekunde. Sie ist auch bei einer Schuldenlast von zirka zwei Billionen Euro durch die Fortsetzung der Beamtenabsparungen nicht zu verlangsamen.

Das Treueverhältnis als Organisationsprinzip des öffentlichen Dienstes steht staatlicherseits ohnehin zur Disposition. Die Amtsbinding unter Steuerfahndern, Justizvollzugsbeamten, Polizisten, Soldaten, Nachrichtendienstlern stiftete sich unter Rot-Grün zunehmend aus Verachtung für den eigenen Dienstherrn.

Geistige Verantwortung

Ist es nicht eine Kapitulationserklärung der Gesellschaft, wenn mit Bezug auf einen der schönsten und wichtigsten Berufe allerorts zu hören ist „Ich möchte heutzutage kein Lehrer sein!“? Wo stehen heute deutsche Intellektuelle für einen Patriotismus in weltbürgerlicher Absicht? Man fetzt sich bis zum Anschweigen über die Verdachtsqualität von Patriotismus.

Doch sollten Intellektuelle schweigen, wo sie nichts nützen. Dieses Verdikt Umberto Ecos gilt allen Intellektuellen, die Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Vernunft, obgleich Voraussetzung ihrer eige-

nen Profession, nicht mit Leidenschaft und unter Risiko zeitweiliger öffentlicher Isolierung zur Problemlösung einbringen. Wegweiser hinzustellen ist zu wenig. Gefordert ist das heftige Streiten in friedlicher Absicht um „die Bedingungen für eine gewaltlose Austragung von Konflikten“ (Wolfgang Bergsdorf) statt eines Konformismus medialer Skandalisierung. Dafür müssen Intellektuelle „in langen Zeiträumen arbeiten“ (Eco). Hans Magnus Enzensbergers Sentenz „Ich bin keiner von uns“ ist ebenso billig wie kokett und für Politik ohne Ertrag.

Gefährdungslage

Ein solcher Ertrag ist mehr denn je gefordert, um unsere unsicherer gewordene politische Kultur wieder „in eine sinnvolle, vernünftige Relation zu unseren Institutionen zu bringen“ (Kurt Sontheimer). Das Gebot ihrer ethischen Neubefestigung ergibt sich, weil wir „die heute entstehende Politik der Kulturen, die wachsende Macht nicht westlicher Kulturreiche und das zunehmende kulturelle Selbstbewusstsein dieser Gesellschaften“ (Samuel Huntington) integral zu verarbeiten haben. Es kann nicht ohne Sanktionen bleiben, wenn Nachsicht für massenhafte Straßenkriminalität von Ausländern durch deren Verbandsfunktionäre reklamiert wird und die Forderung hinreichender Deutschkenntnisse abgewiesen wird mit dem Argument, dass auch dreißig Prozent der deutschen Kinder nicht richtig Deutsch sprächen. „Es hat mit der sozialen Schichtung der Migranten zu tun, wenn bestimmte Arten von Kriminalität überproportional oft vorkommen“ (Safer Cinar im *Tagesspiegel* vom 17. November 2005).

Enttabuisiert werden muss auch die in einer Harvard-Studie ausgewiesene „Leistungsspreizung“ (Nathan Glazer) von Ethnien in multikulturellen Ländern. So verweist Rupert Neudeck auf besondere Lern-, Fleiß- und Anpassungsbereit-

schaft von Ostasiaten, zumal von Vietnamesen. Hingegen stellt Beckstein fest, dass fünfzig Prozent der Türken im erwerbsfähigen Alter ohne feste Beschäftigung sind. 2004 befanden sich nur fünfundzwanzig Prozent ausländischer Jugendlicher in einem Ausbildungsverhältnis. Von den zwanzig- bis neunundzwanzigjährigen Erwachsenen ausländischer Nationalität verfügen siebenunddreißig Prozent über keinen Berufsabschluss.

Hermann Lutz, ehemals Präsident von EuroCOP, kommentiert die EU-Osterweiterung, dass man mit ihr „die Vermischung von Politik, Wirtschaft und vielfältige(n) Formen der organisierten Kriminalität in unsere ‚einigermaßen intakte Familie‘ aufnimmt.“ „Am 11. September 2001 ist es besonders deutlich geworden, dass die deregulierten Finanzmärkte nicht nur Vehikel der Wohlstandsmehrung in der Welt sind, sondern auch zur Finanzierung der organisierten Kriminalität und terroristischer Netzwerke missbraucht werden können“ (Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur Globalisierung).

Jürgen Roths Alarmbuch *Die Gangster aus dem Osten* fand seine Bestätigung für Filz und Korruption in der Visa-Affäre Fischers. Im aktuellen Bundeslagebild organisierter Kriminalität sind Türken, Polen, Italiener und Litauer auffällig. Die rumänische Bandentätigkeit veranlasste bereits 1996 die NRW-Landesregierung zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle für osteuropäische Straftäter. Seit Januar 2002 ist Rumänen aber eine Einreise für neunzig Tage ohne Visum erlaubt. Allein in NRW umfasste 2004 die Schleuserkriminalität 19 922 Fälle. Wird das Selbstverständliche verhöhnt? „Die Ausübung von Staatsfunktionen folgt ausschließlich dem Gemeinwohl, wie es im demokratischen Gesetz zum Ausdruck kommt“ (Josef Isensee).

Die sich konturierende „Generation Reform“ (Paul Nolte) muss ein Grund-

dilemma bewältigen: Einerseits ist weltweit Wohlstand ohne kulturellen Wandel nicht möglich. Andererseits versucht ein global vernetzter militanter Islamismus, die Welt zum „Gottesstaat“ zu machen, in dem sich alle Politik ausschließlich religiös begründet. Entsprechend hat sich die Kraft zum interkulturellen Dialog bei uns argumentativ neu zu befestigen. Patriotismus liefert dazu das geistig-mentale *empowerment* selbstbewusster Kompromisskultur bei der Disziplinierung „Absurdistans“ (Paul M. Stern).

Nationalstaat in der Defensive

Das Selbstvertrauen der Republik bleibt weiter fragil unter dem Dauerfeuer einer antifaschistischen Gesellschaftskritik von rüder Raffinesse. Ein „kritischer“ Klientelismus verbringt hurtig Lebensgefühle bürgerlicher, christlicher, liberaler Kommunität automatenhaft in die Trümmerlandschaft von Nazi-Milieus, und die Mehrheit zeigt sich verlegen. Freimut Duve warnte, dass Deutsche ihre Verbrechen nicht mit denen der anderen im Vergleich relativieren, was aber auch umgekehrt gelten müsse. Bleiben am Ende nur Blinde, wenn es weiter Auge um Auge heißt? „Es wird einer Gesellschaft zum Verhängnis, wenn grundsätzlich nie Gnade vor Recht ergeht“ (Landesbischof Ulrich Fischer).

Der Mensch kann nicht immer, so Fritz Stern, ins tiefste Dunkel oder ins hellste Licht schauen. Durch „Auschwitz“ bleiben wir geprägt, aber nicht determiniert. Vom Volk verfehlten Daseins ist nach einem halben Jahrhundert demokratischer Bewährung anders zu reden. Zumal nach dem 9. November 1989 und erst recht nach dem 3. Oktober 1990. Hätten uns ohne diese Bewährung die Siegermächte Deutschlands Einheit anvertraut? Nicht unwesentliches Indiz ist wohl auch, dass rechte Flügelparteien bei uns zwischen 2000 und 2004 bei Wahlen nie mehr als ein Prozent erhielten (11,3 Prozent in Frank-

reich, zwölf Prozent in Italien). Hurra-Patriotismus ist vorbei.

Auch in europäischer Perspektive bleibt bis auf weiteres der Nationalstaat der klassische Akteur der Zukunft. Jedes EU-Mitglied ist Vertragsherr. Selbst die projektierte neue EU-Verfassung verbürgt nach Artikel 59 das Recht zum Austritt aus der Union. Der jüngste Gipfel bewies, dass die EU eine rhetorisch umflorte Rechtsgemeinschaft, vor allem aber ein Basar nationaler Begehrlichkeiten ist. Deutschland sollte den Respekt für seine guten Dienste nicht mit immer höheren Nettobeiträgen erkaufen. Achtsamkeit verdient, dass nach der Ablehnung der Verfassung im Referendum vom 29. Mai 2005 Chirac einen stärker patriotischen Kurs versprach. „Niemals wird man sehen“, so erinnert uns Clausewitz, „dass ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene.“

International kann die Bundesrepublik nicht gestalten, sondern mitgestalten. Interventionen im Nahostkonflikt oder im Irak belegen dies. Grundsätzlich empfiehlt die Sicherung der Rohstoffzufuhren deutsches Wohlverhalten als Exportnation. Für die EU ist Deutschland ein Baustein eigener Qualität. Für die Bundesregierung darf das Wohlwollen von Partnern nicht vorrangiger sein als die eigene Überzeugung und Staatsräson.

Die allgegenwärtige prekäre Stabilität innen wie außen könnte die Sehnsucht nach Sicherheit, Verlässlichkeit, nach Wurzeln und Häfen zur Panik freigeben. „Eine gut organisierte, charismatisch mobilisierte Partei“, meinen Franz Walter und Tobias Dürr, „der populistischen Sammlung hätte wohl auch in Deutschland nicht geringe Chancen.“ Schließlich sei die Heimatlosigkeit zum Grund für den Sieg der Nazis geworden. Eine Provokation zum Nachdenken über Patriotismus als Stauwehr gegen Rechts- wie

Linksextremismus. „Alles Unbedingte gehört in die Pathologie“ (Friedrich Nietzsche).

Vergewisserung

Im Verantwortungspatriotismus inkruisiert sich weiterhin als Verdachtspuffer der „Verfassungspatriotismus“ Sternbergers gegenüber dem Nationalwahn militanter Friedlosigkeit und aggressivem Messianismus. Doch im Gegensatz zur *société fraternelle des patriotes de la constitution* als neuem Nationsbegriff Frankreichs (1791) ist Verfassungspatriotismus bei uns heute eigentlich anämisch. So als wäre die Begeisterung eines Fußballers bestimmt durchs Regelwerk. Oder als ob der Zweck der Mobilität die Straßenverkehrsordnung sei. Aus Texten zur Verfahrenstechnik desertiert das Gemüt dann, wenn das Volk, als völkisch verufen, an die Kandare der Geschichte gelegt wird. „Wer der Gegenwart nichts zu bieten hat, sagt Geschichte“ (Gottfried Benn). Die Konstrukte böser Dämonie von Luther, Friedrich dem Großen, Bismarck, Wilhelm II. zu Hitler haben sich jedenfalls erledigt.

Das Prinzip Erfahrung darf das Prinzip Hoffnung nicht ausstechen. In beiden Prinzipien hat Patriotismus eine schöpferische Gravitation aus jüdisch-christlichem Menschenbild und einer Vernunft, die zwischen Meinungsbildung und Meinungsmache unterscheidet. Staatspolitisches Erziehungsziel ist zu lehren, *wie* man denken soll und nicht, *was* man zu denken und entsprechend zu tun hat. Der *patria* als Rechtsraum und Wirkungskreis gehört Patriotismus als Liebe zum Vaterland nur dann, wenn sie auch das Leiden an ihm in sich aufnimmt.

Dass der Erklärungsbedarf für Patriotismus sich heute in einem riesigen Schrifttum spiegelt, macht missmutig. Wird durch Historie und Abstraktion lebenspraktischer Patriotismus kraftlos? Kann man es bei dem Unkenruf belassen,

das wollte Hitler auch, wenn der Bundespräsident öffentlich mahnt „Wie erreichen wir es, dass jeder Einzelne erlebt: Ich werde gebraucht!“? Steriles Räsonieren ist schäbig. Es prolongiert das Übel, dass man in, mit, von diesem Staat lebt, ja gegen ihn, aber nicht für ihn.

Ermutigung

Im Patriotismus bestimmt ein jeder seine Eigenwürde als Bürger, indem er sich für tätigen Gemeinsinn verbürgt und Heimat für ihn Biotop der Verlässlichkeit ist. Bereits Thomas von Aquin nannte es die Pflicht der Regierenden, das Wohl der Regierten zu sichern. Umgekehrt müsse der Bürger von der Liebe zum Wohl des Ganzen erfüllt sein; „das ist ganz natürlich“.

Zur politischen Theorie wurde Patriotismus viel später. Erst im achtzehnten Jahrhundert setzte er sich durch „als der erste moderne Bewegungsbegriff“ (Reinhart Koselleck). Ihm wurde gehuldigt, er wurde verraten. Mit dem antiken Wort des Horaz, dass der Tod fürs Vaterland süß und ehrenvoll sei, wurde Schindluder von den Mächtigen getrieben. Heute geht alle Gewalt vom Volke aus. Fürs Vaterland zu leben ist lohnender als für eine ortlos hohe Gesinnung.

„Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität“ (Angela Merkel). Wer dabei stehen bleibt, wird flüchtig vor sich selbst. „Man verliert nicht den Glauben, er hört auf, dem Leben Form zu geben, das ist alles“ (Georges Bernanos). Wenn Verantwortung verwest, wird ein jeder zum

Einzelkämpfer; im Ich oder Du scheitert die Eintracht aller mit sich selbst.

Handreichung

Unser Traktat über Patriotismus führte durch die weite Welt zum eigentlich Selbstverständlichen: dass sich der Bürger für die Lebenskraft seiner Verfassung freiheitlicher demokratischer Grundordnung als Hort der Rechtserzeugung aktiv verbürgt. Bedarf es indessen stets des Großaufgebots von Reflexion und deren Literarisierung, um patriotisch zu empfinden und zu handeln?

Solche Pilgerfahrt zur Transzendenz wird durchhaltbar, wenn man sich, wie im alten Rom bei den Laren und Penaten üblich, heute bei den Hausheiligen des guten Gemeinwesens verproviantiert. Empfohlen seien Jesus von Nazareth als Inbegriff der Liebe, Kant als Lehrer praktischer Vernunft, Marx als Warner vor der ökonomischen Entmenschlichung des Menschen, Albert Camus, der uns lehrte, Sisyphos positiv zusehen. Die Traglast des ganzen intellektuellen Überbaus von patriotischem Gemeinsinn erleichtert vor allem Joseph Kardinal Ratzinger in seinem Buch *Salz der Erde*. Für den jetzigen Papst lässt sich darin aller Sinn unserer Geschichte durch die Vielfalt der Fronten hindurch zurückführen auf die eine Frage nach dem Ja oder Nein zur Liebe.

Damit ist der Standpunkt fixiert zum Umgang der Gegenwart mit ihrer Geschichte: „Der Charakter der Deutschen in zwei Worten: *patriam fugimus.*“
(Georg Christoph Lichtenberg, 1742 bis 1799)

Vielgestaltig und weltoffen

„Sechzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg steht unser Land vor mancher Schwierigkeit – wie andere Länder übrigens auch –, aber: Deutschland ist eine stabile Demokratie. Unser Land ist vielgestaltiger und weltoffener als jemals zuvor. Wir haben uns als Nation wiedergefunden. Unser Miteinander in Einigkeit und Recht und Freiheit ist unangefochten. Deutschlands Bürger achten auf soziale Gerechtigkeit, und sie halten zusammen, wenn es darauf ankommt.“

Horst Köhler am 8. Mai 2005 bei der Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag